

ZT Kurznotiert

Gravierende Meinungsunterschiede zwischen Bundesregierung und Handwerk bestehen weiter. Wie ZDH-Präsident Dieter Philipp auf der ZDH-Vollversammlung in Berlin erklärte, habe das Handwerk in einem enormen Kraftakt ein „schlüssiges und umfassendes“ Konzept zur HwO-Reform erarbeitet. Das Konzept will vor allem den Zugang zum Handwerk erleichtern, mehr Existenzgründungen ermöglichen, mehr Ausbildungs- und Arbeitsplätze schaffen und das Handwerk europafest machen. Die Gesetzesentwürfe der Bundesregierung hingegen seien „keine Modernisierung, sondern eine irreparable Zerschlagung von Strukturen, die auf dem Weg in die Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft mehr denn je gebraucht“ würden. Der Bundesrat wird sich vermutlich am 26. September mit den unterschiedlichen Vorstellungen zur HwO-Reform auseinandersetzen. (Deutsche Handwerkszeitung)

„Sozialabbau pur, ohne dass die strukturellen Probleme des Gesundheitswesens auch nur ansatzweise gelöst werden.“ So bezeichnet Peter Vetter, Präsident des Sozialverbandes Deutschland (SoVD) das Konzept der CDU/CSU zur Gesundheitsreform. Der SoVD weist aus jahrzehntelangen Erfahrungen darauf hin, dass Zuzahlungen keine steuernde Wirkung hätten, sondern nur die Einkommen der Leistungserbringer auf Kosten der Patienten sichern und erhöhen sollen. Ebenso lehnt der IKK Bundesverband die Vorschläge der CDU/CSU ab, den Zahnersatz aus der gesetzlichen Krankenversicherung herauszunehmen und über eine private Pflichtversicherung abzusichern. Die Umsetzung würde einseitig die Versicherten belasten und ist sozial ungerecht. (ots)

Gegen die Anhebung der Versicherungspflichtgrenze hat die Deutsche Krankenversicherung AG (DKV) am 30.05.2003 Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht eingelegt. Das Gesetz zur Sicherung der Beiträge in der gesetzlichen Krankenversicherung vom 23.12.2002 verstößt nach Meinung der DKV gegen ihr verfassungsrechtlich geschütztes Grundrecht auf Berufsfreiheit und Eigentum und habe den Rechtsgrundsatz der Verhältnismäßigkeit außer Acht gelassen. Der DKV-Vorstandsvorsitzende Dr. Jan Boetius hält die schrittweise Einführung demographischer und kapitalgedeckter Elemente in die Krankenversicherung für unerlässlich. Die Eigenverantwortung der Bürger müsste durch Wahlfreiheit gestärkt werden. (PM der DKV)

Erste Suchmaschine für Sozialfragen im Gesundheitswesen wurde vom Augsburger Internetdienstleister fresh frames bundesweit realisiert. „betanet“ bietet ein umfassendes und kostenfreies Informationsangebot rund um alle sozialmedizinischen und sozialrechtlichen Fragen. Unter www.betanet.de lassen sich rund 1.500 Stichworte und 20.000 Adressen abrufen. Das Angebot richtet sich an Mitglieder des Gesundheitswesens, Patienten sowie deren Angehörige. Der Onlinedienst ist Bestandteil von „betaCare“, einem umfassenden Informationsservice für soziale Fragen im Gesundheitswesen, zu dem neben dem „betanet“ auch das Nachschlagewerk „betaListe“ und der kostenlose Telefonservice „betafon“ gehören. (ots)

„Das ostdeutsche Zahntechniker-Handwerk hat in puncto Berufsausbildung keinen Nachholbedarf“

ZT *Zahntechnik Zeitung* im Gespräch mit ZTM Roland Unzeitig, Vorsitzender der Kooperationsgemeinschaft ostdeutscher Zahntechniker-Innungen sowie Obermeister der ZTI Sachsen-Anhalt, über das „Berliner Modell“ sowie das „Bündnis für Ausbildung“.

ZT Wie hat man sich die Zukunft des ostdeutschen Zahntechniker-Handwerks vorzustellen, sollte die Angleichung in dem von Ihnen geforderten Rahmen nicht umgesetzt werden?

Wenn kurz- bis mittelfristig, eventuell über einen Stufenplan, keine Preisanpassung an das durchschnittliche Westniveau stattfindet, werden die betriebswirtschaftlichen Verhältnisse die Labore in den neuen Bundes-

Forderungen zu integrieren? Welche Kompromisse wären Sie bereit mitzutragen?

Ohne hier schon ins Detail gehen zu wollen, wäre zu den Vorstellungen von Rot-Grün zu sagen, dass die geplante Einführung getrennter, therapieorientierter Festzuschüsse und die Zuständigkeit des VDZI und der Landesinnungen für die Preise und die Höhe der Festzuschüsse gegenüber dem Festzuschussystem von

den NBL bis 2006 dem Westniveau anzugleichen. Gleiches muss dann aber natürlich auch für die übrigen Leistungsanbieter im Gesundheitswesen gelten. Eine einseitige Fokussierung auf die Ärzteschaft bei der Angleichungsproblematik wäre nicht akzeptabel und würde den Vorwurf der Klientelpolitik wohl eher erhärten.

ZT Wäre es nicht sinnvoller, auf Grund der derzeitigen finanziellen Situation im Gesundheitswesen, eine Angleichung von Ost und West durch Kürzungen im Westen zu erreichen?

Dies erscheint auf den ersten Blick die einfachste Lösung zu sein. Eine Angleichung auf Kosten der Betriebe in den alten Bundesländern kann aber nicht die Intension der ostdeutschen Zahntechniker sein. Die Angleichung der Lebensverhältnisse in den alten und neuen Bundesländern ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und muss also in diesem Rahmen gelöst werden. In diesem Prozess darf das Zahntechniker-Handwerk nicht schlechter gestellt werden als andere Branchen bzw. Leistungserbringer im Gesundheitswesen. Die Kooperationsgemeinschaft der ostdeutschen Zahntechni-

Ausbildungsmöglichkeiten auswirken. Gute Lehrlingsausbildung kostet nun mal Geld. Eine Angleichung der Vergütungen an das durchschnittliche Westniveau würde den Laboren in den neuen Bundesländern hier wieder mehr Handlungsspielraum ermöglichen. Das Angebot eines Bündnisses für Ausbildung kommt also nicht zu spät, sondern genau zum richtigen Zeitpunkt.

ZT Dient es ausschließlich als Anreiz oder Druckmittel für die Realisierung Ihrer Vorschläge?

Weder – noch. Unser Angebot soll der Regierung und den sie tragenden Parteien signalisieren, dass wir prinzipiell bereit sind, unserer sozialen Verantwortung als Unternehmer für die junge Generation gerecht zu werden. Wir benennen aber auch ehrlich und eindeutig die Bedingungen, unter denen wir dazu in der Lage sind.

ZT Was wollen Sie in Ihrem Bündnis anders machen? Wie wollen Sie erfolgreicher Ausbildungsplätze schaffen, als dies durch bisherige Versuche erreicht wurde?

Das ostdeutsche Zahntechniker-Handwerk hat in puncto Berufsausbildung keinen Nachholbedarf. Unser Ziel ist es, durch Stabilisierung

kussionen im Gesundheitswesen und der speziellen Situation im Osten Deutschlands motivieren, eine zahn-technische Ausbildung zu beginnen?

Bis dato gibt es noch eine rege Nachfrage nach Ausbildungsplätzen im Zahntechniker-Handwerk. Uns ist bewusst, dass sich dies mittelfristig durch die geburtschwachen Jahrgänge rückläufig entwickeln kann. Das breite Ausbildungsspektrum und das gute Ausbildungsniveau wird die Ausbildung zum Zahntechniker/zur Zahntechnikerin aber auch in Zukunft attraktiv machen. Die Innungen tun das ihrige dazu, dies in der breiten Öffentlichkeit bewusst zu machen. (Z)

Hier sind Ausdauer und Konsequenz gefragt.

ländern zwingen, verstärkt ihren Markt dort zu suchen, wo dieser zwangsabgegebene Preis einen Marktvorteil darstellt. Bei weiter steigenden Kosten und der Unmöglichkeit, dies z.B. auf der Lohnkostenseite noch abzufangen, werden aber auch zunehmend Betriebe in arge Schwierigkeiten geraten. Betriebsschließungen sind dann nicht ausgeschlossen.

ZT Gibt es bereits Signale aus der Politik, auf Ihre Forderungen einzugehen?

Bis dato finden sich in den im Bundestag diskutierten Konzepten von Rot-Grün und CDU/CSU – wobei man die Einlassungen der CDU/CSU wohl kaum als Konzept bezeichnen kann – leider keine solchen Signale. Dies ist bedauerlich, wird uns aber nicht entmutigen und nicht davon abhalten, in den kommenden Wochen und Monaten bei Gesprächen mit Bundestagsabgeordneten sowie den Landesregierungen weiter eindringlich unsere berechtigten Forderungen zu artikulieren. Die Herstellung gleicher Lebensverhältnisse in Ost und West gleicht halt dem „Bohren dicker Bretter“. Hier sind Ausdauer und Konsequenz gefragt. Wir haben beides.

ZT Welche Positionen aus den Vorschlägen der CDU/CSU und SPD-Fraktion wären Sie bereit, in Ihre

1998 eine andere Qualität darstellt. Eine eindeutige, verbindliche Mehrkostenregelung ist, gerade aus Sicht von Sachsen-Anhalt, zu begrüßen. Nicht sachgerecht sind die vorgesehene Befügung von zwei Kostenvorschlägen für die ZE-Versorgung und die Pflicht der KK, über preisgünstige Versorgungsmöglichkeiten zu informieren. Gerade Letzteres stellt eine unqualifizierte, einseitig interessenorientierte Einmischung in den Markt für ZE sowie einen Eingriff in die Therapiefreiheit des Zahnarztes und eine Störung des notwendigen Vertrauensverhältnisses zwischen Zahnarzt und Patient dar. Dies lehne ich strikt ab.

Keine Angleichung auf Kosten der Betriebe in den alten Bundesländern ...

Das so genannte „Konzept“ von CDU/CSU ist leider mit dem Makel behaftet, einen kurzfristigen, kompromissorientierten Schnellschuss darzustellen. Die CDU ist, wohl auf Druck von Herrn Stäuber, leider von Ihrem ehemals sachgerechten Ansatz abgerückt, bei einer „Pflichtprivatisierung“ die zahnärztliche Versorgung als Einheit zu betrachten. Ansonsten setzt die CDU/CSU ihren unsäglichen Weg fort, den Bereich des Zahnersatzes als Experimentierfeld zu benutzen.

Aufgreifen möchte ich die Forderung der CDU/CSU, die Honorare der Ärzte in

ker-Innungen wird über den VDZI prüfen lassen, ob hier nicht auch schon jetzt juristische Schritte sinnvoll und mit Aussicht auf Erfolg angezeigt sind.

ZT Warum kommt der Vorschlag eines Ausbildungs-bündnisses erst jetzt?

Bis 1998 gehörte das ZT-Handwerk in praxi zu den ausbildungsfreudigsten Handwerken. Mit dem Debakel von 1998 halbierte sich die Zahl der Auszubildenden in unserem Handwerk bundesweit. Dies zeigt, dass sich verschlechterte wirtschaftliche Rahmenbedingungen unmittelbar auf die

der wirtschaftlichen Verhältnisse der Unternehmen wieder zunehmend Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen zu können und damit perspektivisch den Bedarf an guten Fachkräften zu decken. Um dieses Ziel zu erreichen brauchen wir u.a. die Vergütungsanpassung.

ZT Wie viel Ausbildungsplätze wollen Sie schaffen?

Wir streben an, die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge der Jahre 2001 bzw. 2002 um ca. 20 % zu erhöhen.

ZT Wie wollen Sie Jugendliche bei den derzeitigen Dis-

Der Fall Christine Weber

Sachsens Sozialministerin trat am 9. Juni zurück

(ms) – Das Drama konnte kaum größer sein. Sachsens Sozialministerin Christine Weber (CDU), die als Regenwasseropfer tief in den staatlichen Fluthilfetopf gegriffen hat, zahlt für die brisante Affäre einen hohen Preis. Am Mittwoch, dem 9. Juni, verkündete Sachsens Ministerpräsident Georg Milbradt (CDU) den Rücktritt der Ministerin. Die 54-Jährige erlitt zu Pfingsten einen Nerven-

zusammenbruch und begründete ihren Abschied mit gesundheitlichen Gründen. Am 25. Juni wurde über die Nachfolge entschieden. Die Oberbürgermeisterin von Weißwasser, Helma Orosz (CDU), ist die neue sächsische Sozialministerin. Die 50-Jährige wird am 10. Juli im Landtag vereidigt und übernimmt auch den Vorsitz der Gesundheitsministerkonferenz. Ministerpräsi-

dent Milbradt begründete seine Wahl mit der Kompetenz von Orosz, die die Politikerin unter anderem in elf Jahren als Sozialdezernentin im Landkreis Weißwasser unter Beweis gestellt habe. Christine Weber hatte sich für die Berufung von Sozialstaatssekretär Albin Nees ausgesprochen. Sachsens Unions-Frauen drängten dagegen auf eine langfristige

Lösung und mindestens eine Ministerin im Kabinett. Der 64-jährige Nees, der vor seiner Reaktivierung schon einmal in den Ruhestand getreten war, wird als Staatssekretär an der Seite von Helma Orosz weiterarbeiten. Christine Weber war nach Presseberichten in die Kritik geraten, weil sie für ihr Privathaus im erzgebirgischen Zschopau nach der Hochwasserkatastrophe im August letzten Jahres Fluthilfe bei der Sächsischen Aufbaubank (SAB) beantragt hatte. Ihr war vorgeworfen worden, entgegen den Förderbestimmungen die Gelder für ein

Gebäude erhalten zu haben, das an einem Hang liegt und von Oberflächenwasser beschädigt wurde. Weber selbst sagte, dass sie die Fluthilfe in Höhe von 10.000 Euro zurückgezahlt habe und sie habe keine 17.000 Euro erhalten, wie immer wieder behauptet wurde. Laut der Sächsischen Zeitung wird die Staatsanwaltschaft Chemnitz kein Ermittlungsverfahren gegen die ehemalige Sozialministerin einleiten. Bei den Vorermittlungen seien bislang keine Indizien für rechtswidriges Verhalten festgestellt worden. (Z)

ZT Kurzvita



Roland Harald Unzeitig

- geboren am 4. Mai 1950
- 1966–1969 Ausbildung zum Facharbeiter Metallverarb. Gewerbe
- 1969–1970 Facharbeiter bei der Firma VW Wolfsburg
- 1970–1975 Bundeswehr – Bootsmann der Marine
- 1976–1978 Umschulung zum Zahntechniker
- 1978–1990 Zahntechniker in diversen Labors
- 1980 Eröffnung eines Einzelhandelsgeschäfts in Wolfsburg
- 1991 – 1993 Betriebsleiter eines Dentalabors in Haldensleben
- 1994 Gründung der Firma Ideal Dental GmbH in Magdeburg
- 1995 Zahntechniker-Meisterprüfung
- seit 1999 Obermeister der ZTI Sachsen-Anhalt
- seit 2000 Ehrenrichter am Sozial- und Arbeitsgericht
- seit 2001 Vereidigter Sachverständiger für das ZT-Handwerk
- seit 2003 Verwaltungsratsmitglied der DGT